

VAe Dinstühler berichtete über die Jahresplanung des Kommunalen Integrationszentrums. Im Bildungsbereich gebe es das Förderprogramm IfKUF (Integrationschancen für Kinder und Familien), bei dem es um die Finanzierung der Projekte „Rucksack KiTa“ und „Rucksack Schule“ gehe. Hierfür habe man bereits im vergangenen Jahr finanzielle Mittel seitens des Landes erhalten. Es sei ein sehr wichtiges Projekt, da hier Eltern und Kinder in der Mehrsprachigkeit unterstützt würden. Das Land unterstütze dies auch weiter finanziell. Aktuell nähmen drei Schulen und sechs Kindertagesstätten an dem Projekt teil. Viele weitere seien an einer Teilnahme interessiert.

Des Weiteren sei die Mediathek erweitert worden. Zurzeit werde die Software verbessert, damit die Informationsmaterialien, didaktisches und methodisches Lernmaterial sowohl für Lehrkräfte als auch Ehrenamtliche und andere Interessierte optimal über die Medienzentrale der Kreisverwaltung zur Verfügung gestellt werden könnten. Aktuell werde der Verleih noch über das Kommunale Integrationszentrum abgewickelt. Die Ausleihe solle zwar auch weiterhin über das KI laufen, dann aber über das ganz normale Bibliotheksverfahren der Medienzentrale.

Ein Schwerpunkt im Bildungsbereich des KI liege in diesem Jahr auf der Initiative „Gemeinsam klappt's“. Die Qualifizierung von Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden (Caritas, katholische Jugendagentur etc.) sei ein weiterer Schwerpunkt. Hier gehe es darum, Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter auszubilden, die zum Beispiel auch bei Elternabenden Informationen mehrsprachig weitergeben könnten. Des Weiteren starte das Projekt Binogi. Hier solle eine E-learning Plattform für den Bereich der weiterführenden Schulen entstehen, über die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben sollten, das im Unterricht erlernte nochmal in ihrer jeweiligen Herkunftssprache aufzubereiten.

Im Bereich „Querschnitt“ sei ein Schwerpunkt das Siegel „Interkulturell orientiert“. Aktuell seien die Kommunen Swisttal und Troisdorf in den Siegelprozess eingestiegen. Auch das Jobcenter und die erste Schule, das Siegtal-Gymnasium in Eitorf, seien dabei, sich interkulturell aufzustellen.

Hiernach ging VAe Dinstühler auf die zurzeit geplante Besetzung der Jury für die Verleihung des Integrationspreises ein. Sie zeigte sich erfreut darüber, dass die Staatssekretärin für Integration Serap Güler für eine Teilnahme an der Jury gewonnen werden konnte. Sie werde auch bei der Verleihung des Integrationspreises dabei sein. Darüber hinaus hätten sich auch der Journalist Bambad Esmaili (u.a. WDR) und die Vorsitzende dieses Ausschusses, Frau Gebauer, bereit erklärt, in der Jury mitzuwirken. Herr Klippel werde in Vertretung der ARGE Wohlfahrt teilnehmen. Darüber hinaus sollten zwei Vertretungen der Politik der Jury angehören. Hierzu seien bereits zwei Schreiben an Fraktionen versandt worden. Die CDU habe daraufhin bereits ihre Teilnahme an der Jury zugesagt.

Dezernent Schmitz erläuterte, dass die Verwaltung die Jury bewusst klein halten wolle. Eine Teilnahme aller 6 Fraktionen bzw. Parteien würde die Jury zu groß werden lassen. Auch an der Vergabe des großen Kunstpreises des Rhein-Sieg-Kreises, der noch eine andere Dimension habe als der Integrationspreis, seien nicht alle Fraktionen oder Parteien beteiligt. Und auch in der Trägerversammlung seien nicht automatisch alle Fraktionen vertreten. Die Vergabe des Integrationspreises sollte einfach handhabbar sein. Daher sollte die Jury gerade jetzt zum Start des Preises nicht zu groß werden. Er schloss eine Vergrößerung der Jury in kommenden Jahren nicht aus, wies aber darauf hin, dass dann auch das D'Hondtsche Verfahren Anwendung finden müsste und eventuell größere Fraktionen dann mit mehr als einem Sitz in der Jury vertreten sein müssten. Alternativ müsse man überlegen, wie trotz nur zweier Sitze der Politik in der Jury mehr Fraktionen an der Vergabe beteiligt werden könnten.

Auf Nachfrage der Abg. Zorlu stellte VAe Dinstühler klar, dass SPD und CDU für eine Teilnahme

an der Jury angeschrieben worden seien.

Abg. Deussen-Dopstadt verwies darauf, dass im Sozialausschuss eigentlich eine andere Tradition herrsche. So habe es, als es um die Verwendung der Mittel der sogenannten Kühn-Gelder gegangen sei, eine Kommission gegeben, an der alle Fraktionen beteiligt gewesen seien. Die Fraktionen bildeten schließlich die politische Öffentlichkeit im Kreis ab. SkB Droste stimmte dem zu. Er hielt die Argumentation von Dezernent Schmitz für recht dürftig und bat um eine tiefergehende Begründung. Er erinnerte daran, dass es im Rahmen der strategischen Sozialraumplanung selbstverständlich gewesen sei, dass auch die kleineren Fraktionen dazu eingeladen worden seien. Gerade bei diesem relativ kleinen Preis wundere er sich darüber, dass nur zwei Fraktionen an der Jury beteiligt werden sollten.

Abg. Küpper zeigte sich enttäuscht über das Verfahren der Verwaltung und knüpfte an die Ausführungen der Abg. Deussen-Dopstadt an. Bei dem Integrationspreis gehe es auch darum, das Ergebnis und die Hinführung zu diesem Ergebnis in die breite Öffentlichkeit zu tragen. In den 15 Jahren, die er dem Kreistag angehöre, habe er es noch nicht erlebt, dass in einem solchen Gremium so viele Fraktionen ausgeschlossen worden seien. Auch er verwies auf die lang gepflegte Tradition im Sozialausschuss. Er halte es für unproblematisch, wenn aus jeder Fraktion ein Mitglied der Jury angehöre.

Abg. Schmitz stellte fest, dass der Ausschuss keinen Beschluss bezüglich der Besetzung der Jury herbeiführen könne. Er richtete an die Verwaltung die Bitte, die vorgetragenen Argumente zu würdigen und die Besetzung der Jury zu überdenken.

SkB von Schlesinger hielt es für undemokratisch, wenn die kleinen Fraktionen ausgeschlossen würden. Er schlug vor, wenigstens den Ausschuss eine Empfehlung an die Jury aussprechen zu lassen.

Dezernent Schmitz bedankte sich für die Diskussion und erläuterte nochmal, dass die Verwaltung die Jury klein halten wolle. Es mache einen Unterschied, ob 8 oder 12 Personen der Jury angehörten. Es gehe auch darum, in der Beratung über die Vergabe des Preises schnell voran zu kommen. Dies gelinge besser mit einer kleineren Jury. Die Verwaltung werde dennoch erneut Überlegungen bezüglich der Besetzung der Jury anstellen. Er hielt fest, dass die Fraktionen der LINKEN, der GRÜNEN, der FDP und der AfD ebenfalls Interesse an der Teilnahme an der Jury hätten.

Abg. Dr. Fleck erinnerte daran, dass an der Verteilung der RWE-Gelder alle Fraktionen beteiligt gewesen seien und es keine Probleme gegeben habe. Daher könne er die Argumente von Dezernent Schmitz nicht nachvollziehen.

Abg. Herchenbach-Herweg wollte erfahren, welche Schulen und Kindertagesstätten an dem Projekt „Rucksack KiTa“ und „Rucksack Schule“ teilnahmen. VAe Dinstühler sagte zu, diese Frage zu Protokoll zu beantworten (**Anlage 1**).

VAe Dinstühler berichtete weiter, dass die Antidiskriminierungsarbeit im Bereich „Querschnitt“ sehr gut angekommen sei und sehr gut angenommen werde. Es sei ein Arbeitskreis hierzu ins Leben gerufen worden und es finde an einer Schule eine Peer-Ausbildung statt, im Rahmen derer Schülerinnen und Schüler ausgebildet würden, um im Bereich Rassismus direkt auf der Ebene der Schülerinnen und Schüler reagieren zu können. Des Weiteren würden Fortbildungen für Fachkräfte durchgeführt und eine Vielzahl an Unterstützungsangeboten gemacht. Der Bereich Antidiskriminierungsarbeit sei auch ein Teil der interkulturellen Öffnung und werde in diesem Jahr auch das Schwerpunktthema bei der Siegelverleihung werden.

Im Bereich „Ehrenamt“ werde der Sprachmittlerpool sehr stark angenommen. So seien 1,5 Vollzeitäquivalenten nur mit der Vermittlung von ehrenamtlichen Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern beschäftigt. Darüber hinaus würden auch weiterhin Unterstützungsangebote gemacht. Auch die „KOMM-AN NRW“-Gelder würden vermittelt bzw. weitergeleitet. Hier habe es im vergangenen Jahr weit mehr Anträge gegeben, als Gelder zur Verfügung gestanden hätten.

Zudem stehe die benutzerfreundlichere Gestaltung des Integrationsportals an. Die Homepage solle weiterhin eigenständig bleiben, aber in das gleiche Verfahren wie die Homepage des Rhein-Sieg-Kreises eingebunden werden, sodass in Zukunft nur noch ein externer Dienstleister involviert sein werde.

SkB von Schlesinger fragte nach, welche Sprachen denn abgedeckt würden und wie die Verteilung zwischen Sprachen aus der Europäischen Union und denen darüber hinaus sei. Zudem wollte er wissen, ob auch Englisch und Italienisch angeboten würden. VAe Dinstühler erläuterte, dass im Sprachmittlerpool 24 verschiedene Sprachen angeboten würden, bei dem Projekt Rucksack seien es 8 Sprachen die abgedeckt seien. Wie die Verteilung ist konnte sie nicht sagen. Englisch und Italienisch würden nicht angeboten, aber auch nicht nachgefragt. Grundsätzlich sei es so, dass mit einem externen Anbieter zusammengearbeitet werde, sofern eine Sprache angefragt werde, die nicht im Pool angeboten werde.

Die Vorsitzende bedankte sich abschließend bei VAe Dinstühler für ihre Ausführungen.